

## **ArbeitnehmerInnenvertretungen und Economic Governance:**

### **Eine entscheidende Beziehung**

Im Jahr 2000 setzte sich mit der Lissabon-Strategie die Europäische Union zum Ziel, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Unterschiedliche Politikbereiche sollten koordiniert werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde auch die Europäische Sozialagenda beschlossen, um so mittels sozialpolitischer Maßnahmen beizutragen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zehn Jahre und die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 später, wurde im März 2010 das ebenfalls für eine Dekade gültige Wirtschaftsprogramm Europa 2020 vorgestellt, mit dem Ziel einer besseren Koordinierung nationaler und europäischer Wirtschaft.

Zum Europa 2020-Prozesses wurde vom Europäischen Rat (ER) eine Task Force eingesetzt, um das Ziel eines verbesserten Krisenbewältigungsrahmens und einer besseren Haushaltsdisziplin zu erreichen. Aus den Ursachen und Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise die den großen Zusammenbrüchen auf den Finanzmärkten 2008 folgten, wurde von verschiedensten Akteuren die Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung und Steuerung europäischer Wirtschaftspolitik in europapolitische Debatten eingebracht. Im Oktober legte die Task Force ihre diesbezüglichen Vorstellungen vor, bereits im September präsentierte die Europäische Kommission (EK) ihre Vorschläge zur Reform wirtschaftspolitischer Steuerungsmechanismen, die dieselbe Stoßrichtung hat. Mittels beschleunigten Verfahrens soll nach der Einigung im Rat im März 2011 die finale Abstimmung zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter dem Titel „Economic Governance“ bereits im Juni 2011 im Europäischen Parlament stattfinden.

Die Reformpläne werden von einer Vielzahl an Interessen begleitet und beeinflusst, da geplante Überwachung und Eingriffe in die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten massive Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen haben werden. Durch die Umsetzung werden einige Institutionen gestärkt, andere werden an Einfluss verlieren. Entsprechend steigen bzw. sinken auch Einflussmöglichkeiten auf zukünftige zentrale Entscheidungsprozesse. Mit diesen Reformplänen wird festgeschrieben, welche politischen und wirtschaftlichen Prioritäten die EU für die nächste Dekade setzt. Das Ergebnis dieser Reform wird auch zeigen, welchen Stellenwert sozial- und arbeitsmarktpolitische Aspekte künftig in der europäischen Wirtschaftspolitik haben werden. So wird etwa der vorgeschriebenen verschärften

Haushaltsdisziplin eine erhöhte Ausgabendisziplin der Mitgliedstaaten folgen. Der so geschaffene Spardruck wird sich langfristig auf Wohlfahrtsstaaten auswirken, wobei es zu einem Rückbau und weitreichenden Einschränkungen von sozialstaatlichen Leistungen kommen wird. Auswirkungen sind dabei etwa auch auf Pensionsantrittsalter oder Löhne und Gehälter zu erwarten, bzw. kann auch ein Abbau des ArbeitnehmerInnenschutzes folgen.

Die Notwendigkeit für diese Maßnahmen der engeren Koordinierung wird von der Wirtschafts- und Finanzkrise abgeleitet, wobei die Ursachen für diese Krise aber bei den derzeitigen Vorschlägen weitgehend ausgeblendet werden. Andere mögliche Koordinierungsbereiche werden von den federführenden Akteuren nicht diskutiert, wie etwa problematische Felder wie der europäische Steuerwettbewerb oder Steueroasen.

Das Ergebnis dieser Reformpläne wird nicht zuletzt über die konkreten Ergebnisse hinaus darüber Auskunft geben, welche Akteure und InteressensvertreterInnen in der EU durchsetzungsfähig sind und über deren Kapazitäten Entscheidungen in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Die Reformpläne werden derzeit vor allem von der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission und vom Rat vorangetrieben. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer stärkeren Koordinierung wird nach der Wirtschafts- und Finanzkrise ist weitgehend unbestritten. Kommission und Rat setzen mit ihren Vorschlägen, die mit den Finanz- und WirtschaftsministerInnen ausgehandelt werden, allerdings wirtschaftspolitische Prioritäten mit massiven Auswirkungen und Beschränkungen für die Mitgliedstaaten, die stark im Interesse von Wirtschaft und Industrie liegen. Das Europäische Parlament schlägt eine breitere Einbeziehung von Bewertungskriterien für die zukünftige wirtschaftspolitische Steuerung vor. Während sich die Kommissionsvorschläge stark an die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel klammern, möchte das Parlament auch Arbeitsmarkt- und Sozialfaktoren für Maßnahmen einbeziehen.

Der politische Entscheidungsprozess wird auch begleitet von einer Fülle an InteressensvertreterInnen, die ihre Standpunkte in die Pläne einbringen möchten. Sie gruppieren sich hier entlang der klassischen Trennlinie von ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInneninteressen, wobei die bisherigen Pläne eindeutig im Interesse von Wirtschaft und Industrie entworfen wurden.

Dieser Prozess ist die größte wirtschaftspolitische Weichenstellung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Pläne zu „Economic Governance“ sind ein spannendes Beispiel, EU-

politischer Entscheidungsprozesse, anhand dessen aktuell gültige Machtkonstellationen und Durchsetzungsstrategien gezeigt werden können.

Entlang von einigen Forschungsfragen sollen die Kernpunkte der Auseinandersetzung um die künftige wirtschaftspolitische Steuerung herausgearbeitet, relevante Akteure identifiziert und ihre Strategien der Einflussnahme analysiert werden. Ein besonderer Schwerpunkt soll inhaltlich auf die Bereiche gelegt werden, die für ArbeitnehmerInnenvertretungen relevant sind und deren diesbezügliche Durchsetzungsstrategien.

- Welche Akteure bzw. Bereiche profitieren/verlieren beim derzeitig diskutierten Modell der Economic Governance?
- Welche Strategien der Einflussnahme werden angewendet bzw. setzen sich durch?
- Welche strukturellen Nachteile ergeben sich für ArbeitnehmerInnenvertretungen und wie können diese behoben bzw. minimiert werden?
- Wie können ArbeitnehmerInnenvertretungen zukünftig effektiver und durchsetzungsfähiger europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik beeinflussen?

## **Methode**

Auf Basis des Advocacy Coalition Ansatzes von Paul A. Sabatier sollen die Diskussions- und Entscheidungsprozesse zur Neuregelung des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspaktes betrachtet werden. Sabatiers Ansatz wurde für die policy-analytische Betrachtungsweise der EU konzipiert und ist für spezifische Politikfelder anwendbar. Zwar zielt diese Methode auf eine Analyse von Zeiträumen und Prozessen ab, die über mehrere Jahrzehnte andauern; aufgrund der Vorteile (abgekapselte Betrachtung eines Politikfeldes und seinen Akteuren mit gleichzeitiger systematisierter Einbeziehung externer Ereignisse) die dieser Ansatz jedoch zur Analyse aufweist, macht es trotz der kurzen Laufzeit Sinn, diese Methode anzuwenden.

Der derzeitige Vorschlag zu Economic Governance soll auf die Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungen untersucht werden. Dabei sollen nicht nur die Auswirkungen geplanter Steuerungen und Einflussnahme berücksichtigt werden, sondern auch neu eingeführte Entscheidungsmechanismen, die Arbeitnehmerinteressen strukturell benachteiligen.

Die Positionen maßgeblich beteiligter bzw. betroffener Akteure/Stakeholder sollen identifiziert werden um in weiterer Folge tatsächliche und potenzielle Koalitionspartner bzw. Kontrahenten festzumachen. Mittels dieser Recherchen anhand von Primärquellen (Dokumente,

Positionspapiere, Presseaussendungen, Stellungnahmen etc.) und Sekundärquellen (Analysen von Stiftungen und Instituten mit EU-Bezug) sollen die Methoden der versuchten Einflussnahme betrachtet werden.

## **Gliederung (Entwurf):**

### **ArbeitnehmerInnenvertretung & Economic Governance: Eine entscheidende Beziehung**

- Überblick: Politischer Prozess – Inhalte und Auswirkungen
- Relevanz für Arbeitnehmervertretungen
- Akteure und ihre Interessen
- Strategien der Einflussnahme
- Koalitionen und Kontrahenten
- Schlussfolgerungen – Ausblick auf künftige Prozesse

## **Literatur:**

Klatzer, Elisabeth (2010): Aufbruch in schöne neue Zeiten? Die Debatte um die Lissabon-Nachfolgestrategie Europa 2020 als Indikator für „neue“ Weichenstellungen in der europäischen Integration., in: Kurswechsel 2/2010. S. 87 - 95

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution, in: Kurswechsel 1/2011. S. 61 – 81

Hacker, Björn/Till von Treeck (2010): Wie einflussreich wird die europäische Governance? Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse.

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07639.pdf> (zuletzt am 30. 4. 2011).

Watt, Andrew (2010): European Economic Governance: What reforms are to be expected and what are needed? European Alternatives. Social Europe Series.

<http://www.euroalter.com/wp-content/uploads/2010/11/Watt-ENG.pdf> (zuletzt am 30. 4. 2011).

Sabatier, Paul (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héritier, Adrienne (Hg.), PVS Sonderheft Policy-Analyse, 24/1993